

den in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Militarismus aufzurufen? Wer wagt es, ihre zornigen Proteste zu unterdrücken, wenn ihre Mörder von gestern erneut bewaffnet werden und sogar Atomwaffen erhalten? Wer will den Widerstandskämpfern das Recht absprechen, gegen die Atomrüstung, für den Frieden und für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten ihre Stimme zu erheben? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten. Diejenigen wollen die VVN zum Schweigen bringen, die gestern die aggressive Politik des deutschen Militarismus vertraten und sie noch heute vertreten. Man will die Stimme des unbequemen Mahners nicht mehr hören, der mit der Autorität zahlloser antifaschistischer Heldenaten weit über die Grenzen Westdeutschlands hinaus Resonanz findet.

Die ehemaligen Widerstandskämpfer können nicht zu der gefährlichen Entwicklung des westzonalen Staates schweigen. Sie nehmen offen dazu Stellung, daß in Westdeutschland tausend Blutrichter amtieren, daß die Schlüsselpositionen in Staat, Armee und Wirtschaft von führenden Faschisten besetzt sind. Sie wenden sich gegen die Politik des Revanchismus und der neuen territorialen Forderungen gegen andere europäische Länder. Aus ihren Erfahrungen heraus erklären die Mitglieder der WN den westdeutschen Bürgern, daß ein dritter, von den deutschen Imperialisten ausgelöster Weltkrieg zwar die Imperialisten vernichten, aber Millionen Deutschen den Tod bringen würde. Das paßt den in Westdeutschland bestimmenden deutschen Militaristen nicht, die irrigerweise glauben, mit der „Politik der Stärke“ die Folgen des zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu können.

Die westdeutsche WN hat in systematischer Arbeit Material gesammelt, um Prozesse gegen KZ-Mörder und faschistische Verbrecher in Gang zu bringen. Nicht zuletzt ihren Bemühungen ist es zu danken, daß die KZ-Aufseher Schubert, Sorge und Sommer vor Gericht gestellt und verurteilt wurden. Von der Aktivität der VVN im Fall Oberländer habe ich bereits gesprochen. Auf Grund der Proteste der Widerstandskämpfer mußte der ehemalige Generalrichter Kanter beim Bundesgerichtshof vorzeitig pensioniert werden. In den letzten Wochen mußten die Landesregierungen eine Reihe ehemaliger SS-Führer zurückziehen, die wieder als Polizeipräsidenten und Kriminalpolizeichefs tätig waren. Durch diese Ereignisse ist die Adenauer-Regierung nervös geworden. Aus dieser Unsicherheit heraus wurde das Verfahren gegen die VVN eingeleitet.

Die VVN ist in Westdeutschland Träger der Traditionen der Widerstandsbewegung. Sie feiert die Gedenktage an den Stätten der ehemaligen Konzentrationslager wie Dachau und Bergen-Belsen und an den ehemaligen Mordstätten wie im Romberg-Park in Dortmund. Sie setzt sich — bisher vergeblich — dafür ein, daß in Dachau und an anderen Orten des Leides und der faschistischen Verbrechen würdige Gedenkstätten errichtet werden, wie es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Buchenwald und Ravensbrück bereits getan hat und in Sachsenhausen vorbereitet. Auch in Westdeutschland sollte der deutschen Jugend die Erinnerung an die antifaschistische Widerstandsbewegung zum Gedenken und zur Mahnung übermittelt werden. Das paßt nicht in die Pläne der deutschen Militaristen. Sie wollen die antifaschistischen Traditionen im deutschen Volk ausrotten. Wer daran zweifelt, möge studieren, wie in den verschiedenen Auflagen der westdeutschen Schulbücher seit 1945 der antifaschistische Kampf und die Verbrechen des Faschismus dargestellt sind. Kurz nach 1945 war man auch in Westdeutschland zu einer ausführlichen Darstellung dieser Ereignisse gezwungen. Sie wurde mit jeder neuen Auflage der Schulbücher kürzer, und heute existieren diese Tatsachen in den meisten Schulbüchern nicht mehr. Die westdeutschen Kinder erhalten eine verzerrte Dar-

stellung der Zeit des Hitler-Faschismus. Das ist offenbar erforderlich, um sie für einen Staat zu erziehen, der noch heute das Lied des Herrenwahns „Deutschland, Deutschland über alles“ zur Nationalhymne hat. In einem solchen Staat ist eine Organisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer unerwünscht.

Die Anklage der VVN als verfassungsfeindlich stellt eine Selbstentlarvung des westdeutschen Regimes dar. Die Adenauer-Regierung will die Menschen in die Illegalität treiben, die Träger der besten Traditionen des deutschen Volkes sind und in der Vergangenheit Verbündete der Antihitlerkoalition waren. Deshalb stellt der Verbotsantrag gegen die VVN eine schwere Verletzung der Prinzipien dar, die von den Mächten der Antihitlerkoalition für die weitere Entwicklung des deutschen Volkes festgelegt worden sind.

Die antifaschistischen Widerstandskämpfer konnten nach 1945 bei ihren Kameraden in den vom Hitler-Faschismus überfallenen Ländern wichtige Kontakte für ein neues, friedliebendes Deutschland schaffen, weil sie mit den Widerstandskämpfern der anderen Länder in internationaler Solidarität verbunden waren. Deshalb gehörte die VVN der ersten internationalen Organisation der europäischen Widerstandsbewegung, der FIAPP, und seit der Gründung der FIR im Jahre 1951 dieser Organisation an. Auch das macht Herr Schröder der WN zum Vorwurf. In seiner Rundfunkrede erklärte er:

„Die WN ist Mitglied der internationalen kommunistischen Widerstandskämpferorganisation *fédération Internationale des Résistants**, kurz FIR genannt.“

Ebensowenig, wie wir über den angeblich kommunistischen Charakter der VVN mit den westdeutschen Machthabern diskutieren, sind wir zu einer solchen Diskussion über die FIR bereit. Für diese Organisation gelten die gleichen Grundsätze wie für die VVN: Sie ist aus der breiten Front der antifaschistischen Widerstandsbewegung gewachsen und verkörpert ihre Ideale und Traditionen. Das zwingt allerdings die FIR, öffentlich gegen die Gefahr des deutschen Militarismus Stellung zu nehmen. So beschloß der III. Kongreß der FIR im März 1959 in Wien einen „Aufruf zum deutschen Problem“, in dem es heißt:

„Ein Friedensvertrag, der die territorialen Bestimmungen und den Geist der Verträge von Potsdam achten würde, insbesondere die Verpflichtung, für immer das Wiedererstehen oder die Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus zu verhindern* und sie für immer von der Durchführung ihrer Herrschafts- und Eroberungspläne abzuhalten, würde beitragen, den Frieden und die Sicherheit in Europa herzustellen. Sein Abschluß würde die Ziele der Revanchepolitiker illusorisch machen und so ihren Einfluß auf die Bevölkerung Westdeutschlands untergraben. Er würde jene Kräfte zügeln, die heute noch territoriale Forderungen stellen.“

Mit dieser Erklärung stellte sich die FIR auf den Boden der Beschlüsse der Antihitlerkoalition. Die von ihr erhobenen Forderungen bedeuten eine begründete Anklage gegen das Adenauer-Regime, das diese Beschlüsse ständig verletzt.

Am 11. Oktober beschloß das Präsidium der FIR, einen Appell an die Vereinten Nationen und alle interessierten Regierungen zu richten,

„die HIAG und alle Organisationen ehemaliger Waffen-SSler sowie alle anderen nazistischen und faschistischen Organisationen aufzulösen“.

Dieser Appell wurde inzwischen unter Beifügung dokumentarischer Unterlagen den Vereinten Nationen und den Regierungen von Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Ver-